

## Internationale Rundschau

### Die Reiditagswahl in Schweden und ihre Bedeutung

Schweden liegt heute nicht mehr, wie noch vor dem zweiten Weltkrieg, am Rande der Welt. Die Politik der sozialen Reformen, die außenpolitische Aktivität innerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen, die Neutralitätspolitik, welche keine Neutralität der Stellungnahme bedeutet und die Ereignisse in Vietnam ebenso verurteilt wie die militärische Intervention in der Tschechoslowakei, haben das Interesse an den sozialen und politischen Verhältnissen des Landes auch außerhalb seiner Grenzen gesteigert.

Die diesjährigen Wahlen waren die ersten nach der Abschaffung des Zweikammersystems. Versuchsweise hatte man diesmal auch die Kommunal- und *Landstingswahlen* (Provinzialwahlen) mit den Reichstagswahlen auf denselben Tag verlegt. In dem neuen Wahlgesetz ist das Proporzsystem in dem Sinne geändert worden, daß es den kleineren Parteien eine größere Gerechtigkeit bei der Mandatverteilung gewähren soll. Gleichzeitig ist die Mandatzahl von bisher 233 in der II. Kammer durch die Aufhebung der I. Kammer auf 350 erhöht worden. Dagegen wurde, ähnlich wie in der Bundesrepublik, eine Vierprozentklausel eingeführt. Diese Klausel war die größte Hoffnung der bürgerlichen Parteien, die 38-jährige sozialdemokratische Regierungskontinuität zu brechen. Hätten die Kommunisten nicht diese 4-Prozent-Hürde übersprungen, wäre eine gemeinsame bürgerliche Majorität möglich gewesen.

Die Wahlen brachten zwar eine Niederlage für die regierende Sozialdemokratische Partei, bedeuteten jedoch keinen Erdrutsch in die eine oder andere Richtung. Interessant ist, daß die Veränderungen im Parteienverhältnis nicht lokal bedingt sind, sondern gleichmäßig über das Land verteilt sind, also gemeinsame Ursachen haben müssen. Das ziffernmäßige Ergebnis sieht folgendermaßen aus:

	1968 %	Man- date	1970 %	Man- date
Sammlungspartei 11,5 (früher Rechtspartei)		41	13,9	32
Volkspartei 16,2		58	15,0	34
Centerpartei 19,9 (früher Bauernpartei)		71	16,2	39
Sozialdemokraten 45,3		163	50,1	125
Linkspartei—				
Kommunisten 4,8 (früher Kom. Partei)		17	3,0	3
		350		233

Außerdem hatten noch eine rechtsgerichtete Partei (Christlich-soziale Sammlung) und die

Stalin - Mao - orientierten „Marxisten-Leninisten“ Kandidaten aufgestellt. Die ersteren erhielten 1,8 % und die anderen 0,4 % der Stimmen. Keine der beiden erhielt ein Mandat.

Die Gewinner der Wahl waren die Centerpartei und die Kommunisten. Die Sozialdemokratie verlor trotz einer Wahlbeteiligung von 88,2 % (1968 89,3 %) 4,8 % ihrer Stimmen und damit ihre absolute Majorität, die sie seit 1968 innehatte. Wo liegen die Ursachen dieser Veränderungen?

Im Jahre 1968 hatten die Kommunisten infolge der russischen Invasion in der Tschechoslowakei nahezu die Hälfte ihrer Wähler an die Sozialdemokratie verloren. Jetzt sind diese Wähler größtenteils "wieder zu ihrer alten Partei zurückgekehrt. Beigetragen zu dem Rückgang der Sozialdemokraten hat vor allem die seit einem Jahr sichtbare größere Unruhe auf dem Arbeitsmarkt mit Streiks und Stilllegungen von Betrieben infolge von Konkursen oder Rationalisierungsmaßnahmen. Auch wenn der Mangel an Arbeitskräften immer noch viel größer ist als das Angebot, so bleibt doch viel Unzufriedenheit, wenn in kleineren Orten der Arbeitsplatzwechsel gleichzeitig mit einem Ortswechsel verbunden ist, oder wenn er wie z. B. in der Textilindustrie vorwiegend weibliche und ältere Arbeitskräfte betrifft.

Außerdem war die wirtschaftliche Situation in den letzten zwei Jahren allgemein schlechter. Preissteigerungen und die für einige Waren schon eingeführte und für 1971 allgemein beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer waren ausgesprochen negative Punkte für die Regierungspartei. Dasselbe gilt von den durch die überhitzte Konjunktur notwendig gewordenen Zinserhöhungen und Anleiherestriktionen. Gegen alles dies konnte die Opposition von links und rechts Abhilfe „versprechen“.

Zur Center- und zur Volkspartei sind auch Teile der besser gestellten Angestellten und Beamten abgewandert. Diese waren seit langem mit der von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften betriebenen Politik der Egalisierung der Löhne unzufrieden, weil dadurch ihr eigener Lohn eine relative Senkung erfahren mußte.

Neben diesen wirtschaftlichen „Alltäglichkeiten“ hatte die eigentliche Wahlpropaganda und der Wahlkampf selber, der übrigens sehr ruhig geführt wurde, eine geringe Bedeutung. Letzten Endes ging es um die Marginalwähler, aber diese kann man ebensowenig in zwei Wochen mit Plakaten und Flugblättern überzeugen wie die oft recht unsicheren Jungwähler. Auch bei diesen „Indifferenten“ geschieht die Meinungsbildung nicht erst im Laufe des Wahlkampfes.

Neben dem entscheidenden Einfluß auf dem Arbeitsplatz und im Freizeitmilieu spielt hier die Indoktrinierung durch Presse, Radio und Fernsehen eine viel größere Rolle.

Die schwedische Arbeiterbewegung hat zwar ausgezeichnete Gewerkschaftszeitungen, doch auf dem Gebiet der Tagespresse sieht es erheblich schlechter aus. Glücklicherweise kann man auch die rechteste schwedische bürgerliche Presse nicht mit der Springer-Presse vergleichen, doch ist es ein großes Minus, daß die schwedische Arbeiterbewegung bei all ihrer Stärke nicht mehr über ein Reichsorgan verfügt und in Stockholm und Göteborg unter den Morgenzeitungen nicht mehr vertreten ist. Zwar hat die den Gewerkschaften gehörende und über das ganze Land verbreitete Abendzeitung *Aftonbladet* einen ununterbrochenen Aufstieg erlebt, aber leider konkurriert sie nicht nur auflagemäßig, sondern auch im Boulevardstil mit der größten bürgerlichen Abendzeitung. In ihren ausgezeichneten Leitartikeln vertritt *Aftonbladet* weitgehend die Politik der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, und es ist mir zu begrüßen, wenn auch dies nicht immer kritiklos geschieht.

An der Politik Schwedens wird das Wahlergebnis kaum etwas ändern. Zusammen mit den Kommunisten verfügen die Linken über eine Mehrheit von 10 Mandaten. Da die Mehrheit der kommunistischen Abgeordneten kaum gewillt ist, eine sozialdemokratische Regierung zugunsten einer bürgerlichen zu stürzen, wird die Regierung *Palme*, wie schon beschlossen, als Minderheitsregierung weiter amtieren. Das bedeutet nicht, daß sie von den Kommunisten abhängig ist, sondern daß die Kommunisten gezwungen werden, eine realistische Politik zu betreiben. Während der 38jährigen sozialdemokratischen Regierungszeit gab es schon mehrfach solche Minderheitsregierungen, die sich je nach den Umständen einmal auf die Kommunisten und ein andermal auf einzelne bürgerliche Abgeordnete oder Parteien stützen mußten. Die Politik der links von den Sozialdemokraten gebildeten sozialistischen Parteien in Dänemark und Norwegen, welche sich durch den Sturz der sozialdemokratischen Regierungen selber das Grab schaufelten, dürfte bei den schwedischen Kommunisten kaum Nachahmung finden. Nicht umsonst lehnen sie auch heute noch die gegen die Tschechoslowakei angewandten Militäraktionen ab, und der nach der Wahlniederlage von 1968 hart kritisierte Führer der Partei, *Hermansson*, sitzt jetzt fester denn je im Sattel. Er war es, der nach dem Einmarsch der Interventionstruppen in die CSSR in der Hitze des Gefechts sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion in die Debatte warf.

Der Wahlerfolg der Kommunisten ist um so beachtlicher, als die Differenzen in ihren eigenen Reihen ihre Rückkehr in den Reichstag überhaupt fraglich erscheinen ließen, besonders nachdem die sogenannten „Marxisten-Leninisten“ mit eigenen Listen auftraten und im Frühjahr fast den gesamten Jugendverband zu sich hinüberziehen konnten.

Die sozialdemokratische Minderheitsregierung ist jedoch nicht nur auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen. Die Centerpartei ist gar nicht so sehr interessiert, mit der ehemaligen Rechtspartei zusammenzuarbeiten. In fast allen außenpolitischen Fragen, besonders in der Stellung zur EWG und zur Vietnampolitik, steht sie der Sozialdemokratie viel näher. Auch wenn es in der letzten Phase des Wahlkampfes zu einigen unnötig scharfen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen *Palme* und *Heilung* kam, so sind beide allzu kluge Politiker, um nicht zwischen Realitäten und Gefühlen gut unterscheiden zu können. Der schon 70jährige, aber äußerst vitale und vielseitige Führer der Centerpartei ist weit über den Rahmen seiner Partei hinaus einer der populärsten Politiker im Lande. Er und der nur wenig jüngere, von allen Seiten angegriffene sozialdemokratische Finanzminister *Gunnar Sträng* gehören trotz ihres Alters zu den markantesten, begabtesten und selbständigsten Politikern Schwedens.

Von bürgerlicher Seite steht man einer Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokraten, Centern und Volkspartei nicht so abgeneigt gegenüber. Daran sind die Sozialdemokraten jedoch nicht interessiert, da sie als Minderheitsregierung in stärkerem Maße ihre eigene Politik machen können, und einer solchen Koalition sicher Neuwahlen vorziehen würden. Dagegen hatte man auch seitens der Sozialdemokraten Führer in die Richtung einer gewissen Zusammenarbeit mit der Centerpartei ausgestreckt. Während die Kommunisten gegen jeglichen EWG-Kontakt sind und die beiden anderen bürgerlichen Parteien sehr positiv zum EWG-Anschluß stehen, vertreten sowohl die Centerpartei wie die Sozialdemokraten die Auffassung, daß Anschluß und Zusammenarbeit nur unter Beibehaltung der völligen politischen Selbständigkeit und Handlungsfreiheit im Rahmen der gegenwärtigen Neutralitätspolitik und im Rahmen der Zusammenarbeit mit den anderen nordischen Staaten, zu denen in dieser Hinsicht vor allem auch Finnland gehört, möglich ist.

Insgesamt kann man sagen, daß die Kontinuität der schwedischen Politik sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik von dem Ausgang der Wahl kaum berührt wird. Außenpolitisch ist die nächstwichtigste Frage die Stellung zur EWG, innenpolitisch steht die Frage der Herabsetzung des Pensionsalters von 67 auf 65 Jahre auf der Tagesordnung.

Die Chancen für eine weitere sozialdemokratische Regierungsperiode, diesmal als Minderheitsregierung, sind also gar nicht so ungünstig. Dabei wird es darum gehen, den Kommunisten in sozialen Reformfragen den Wind aus den Segeln zu nehmen und in anderen Fragen, ohne eine Koalition zu bilden, die Partnerschaft, besonders der Centerpartei, zu finden.

Walter Poppet

## Zwei Gipfeltreffen der Dritten Welt: September 1970 in Afrika

Am 24. Mai 1963 wurde in Addis Abeba die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gegründet: *Nasser* und *Bourgiba* umarmten sich, Tanzanias Präsident *Nyerere* wurde mit „Uhuru“-Chören empfangen, Ghanas *Kwame Nkrumah* feierte Kaiser *Haile Selassie* in einem Gedicht und zwei alte Feinde, Senegals Präsident *Senghor* und sein Amtskollege aus Mali, *Keita*, sanken sich in die Arme. Die afrikanische Einheit schien greifbar nahe und *Nkrumah* sprach bereits von einer allafrikanischen Regierung, als deren Chef er sich selbst sah. Dadurch, daß auf diesem Kontinent ein Land nach dem anderen unabhängig geworden war, war ein Prozeß politischer Bewußtwerdung in Gang gesetzt worden, dessen Eigendynamik bald den Boden der Realitäten verließ und in panafrikanische Utopien sich verlor.

Der kurze Traum der schwarzen Einheit hatte erwartungsgemäß kaum einige Monate gedauert. Daß aber sieben Jahre danach das Überleben dieser Organisation im vorhinein als größter Erfolg der siebenten Gipfelkonferenz vom September 1970 bezeichnet wird, daß sich die ganze OAU praktisch nur noch in ihrer Gegnerschaft zu Portugal und Südafrika einig ist, damit hatten 1963 nicht einmal panafrikanische Pessimisten wie Madagaskars Präsident *Tsirananana* gerechnet!

Der Zerfallprozeß vollzog sich mit unbarmherziger Konsequenz. Zwar glückten die ersten Vermittlungsaktionen. Die OAU war im marokkanisch-algerischen Grenzkonflikt erfolgreich und vermittelte auch zwischen Somalia und Äthiopien, doch die zwischenstaatlichen Querelen, Eifersüchteleien und Streitigkeiten nahmen ständig zu, Konfliktstoffe hatten die Kolonialherren in ausreichenden Mengen zurückgelassen. So versuchten etwa die arabischen Länder ihre schwarzen Nachbarn immer wieder gegen Israel zu mobilisieren. Die Konfrontation gegenüber Rhodesien und Südafrika war selbstverständlich, nicht jedoch für jene Staaten, die an diese beiden Länder grenzten. Andere wiederum wollten ihre Handelsbeziehungen zu Europa nicht gefährden. Die Radikalen predigten, daß an allem der Imperialismus und sein Erbe schuld seien, während sich die „Realisten“ an die Brust schlugen und einen Teil der Schuld auf sich luden. Diese Gruppe war es auch, die lieber über eine Zollunion oder eine Art afrikanischer EWG sprach als über panafrikanische Pläne, wiewohl man freilich wußte, wie wenig sich die afrikanischen Länder gegenseitig anzubieten haben.

Endgültig zeigte dann der Bürgerkrieg in Nigieren die Machtlosigkeit der OAU, eine Machtlosigkeit freilich, die von vornherein in

ihren Statuten verankert worden war. Man hatte sich schon 1963 geeinigt, die bestehenden Grenzen in Afrika, mit denen einst die Kolonialherren — und wenn es sein mußte, mit dem Lineal — ihre Interessengebiete abgegrenzt hatten, als unantastbar zu erklären und nicht zu intervenieren, wenn es sich bei einem Konflikt um die innere Angelegenheit eines Landes handelte, wobei nicht nur die biafranische Sezession, sondern auch die Unabhängigkeitsbewegungen in Eritrea und im Südsudan als solche betrachtet werden.

Seit 1965 kamen von Jahr zu Jahr immer weniger führende Politiker zu den jährlichen Gipfeltreffen, doch nahmen an der diesjährigen September-Konferenz bereits wieder 21 Staats- und Regierungschefs teil. Viele afrikanische Präsidenten hatten früher ganz offen erklärt, daß es zu kostspielig sei, mit einer Delegation zu einem nutzlosen gesamtafrikanischen „Palaver“ zu reisen, andere hatten sich wegen permanenter innenpolitischer Krisen nicht aus ihrem Land gewagt.

Waren der OAU bei ihren Gipfelkonferenzen langsam aber sicher die Themen ausgegangen und hatte man dies durch eine Überproduktion von Resolutionen zu kompensieren versucht, so hat diesmal die Weltpolitik eine bessere Diskussionsgrundlage bereitgestellt. Um zu verhindern, daß London an Südafrika Waffen liefert, will die OAU eine eigene Kommission bilden. Aber auch Frankreich, dessen Lieferungen an Südafrika bisher stillschweigend geduldet wurden, soll diesmal zur Rede gestellt werden. Der Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique soll Gelegenheit geben, die Bundesrepublik anzugreifen. Ein weiterer Punkt war die „Besetzung ägyptischen Territoriums durch fremde Truppen“.

Nicht anders war es beim Gipfeltreffen der „Blockfreien“ in Lusaka. In Zambia fragte man sich im September 1970, warum Präsident *Kaunda*, -dessen zwar an Kupfer reiches Land eine vier Millionen zählende Bauernbevölkerung hat, die so arm geblieben ist wie in anderen Entwicklungsländern, Unsummen verbraucht, um für nur 48 Stunden, vom 8. bis 10. September 1970, vor den Delegationen der 64 „blockfreien“ Staaten zu glänzen. Der Antworten und Spekulationen um diese Frage gibt es mehrere. Die Skeptiker sind der Ansicht, *Kaunda* habe, da er keine Stammeshausmacht besitzt, sein Ansehen aber noch aus der Zeit von vor der Unabhängigkeit herührt und seine Widersacher im Regierungslager daher immer kühner würden, eine Aufwertung seiner Person nötig; das Image eines Mannes könne bei den Afrikanern am besten durch Prunk gehoben werden. Wie sich jetzt herausstellt, sind die Aufwendungen für die Gipfelkonferenz, die im April dieses Jahres noch auf rund 60 Mill. DM veranschlagt wurden, mittlerweile mindestens auf den zweifachen, wenn nicht gar dreifachen Betrag angestiegen.

Am 6. September 1970 begannen die Staatsmänner in Lusaka einzutreffen. Für jedes Land war eine 20 Mann zählende Delegation vorgesehen, aber fast alle umfaßten 60 bis 90 Teilnehmer. Je unsicherer die Stellung des Staatsoberhauptes, desto umfangreicher seine Begleitung. Von dem kongolesischen Präsidenten *Mobutu* wird zum Beispiel behauptet, er habe alle seine Gegner bei sich, damit sie in seiner Abwesenheit nicht putschen könnten.

Die Tagesordnungspunkte dieser Konferenz waren: Würdigung der Blockfreiheit als positive und konstruktive Aktion, die an sich schon zur Stärkung des Friedens und der Zusammenarbeit beitrage; der Krieg in Indochina; Verurteilung Israels; Stärkung der Vereinten Nationen; Schaffung einer „Friedenszone“ im Indischen Ozean, einschließlich eines Verbots aller militärischen Stützpunkte, und der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Das Resultat: Eine eindeutige Niederlage der arabischen „blockfreien“ Staaten! Die Konferenz in Lusaka, die mit der Veröffentlichung zahlreicher nichtssagender Entschlüsse am 10. September 1970 zu Ende ging, lehnte eine pauschale Verurteilung Israels ab. Statt dessen wurde eine Kompromißlösung angenommen, in der die Vereinten Nationen aufgefordert werden, politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel zu ergreifen, falls es sich nicht aus den besetzten arabischen Gebieten zurückziehe. Das allerdings wurde schon im Jahre 1967 verlangt. Zuvor war vom Gipfel einstimmig eine Resolution angenommen, die schon in Addis Abeba besprochen wurde (bei der OAU-Konferenz), die den Präsidenten Kaunda beauftragt, in mehreren westeuropäischen Hauptstädten über die Einstellung der Waffenlieferungen an Südafrika zu verhandeln. Der Staatschef Zambias wurde also auch zum Sprecher der Blockfreien bei der bevorstehenden UNO-Vollversammlung gewählt.

„Selbst in der Anerkennung unserer Differenzen sind wir uns einig“, betonte Präsident Kaunda in seiner Abschlußrede, wobei er direkt auf die Abstimmung über die Nahostresolution anspielte. Kaunda appellierte an die Konferenzteilnehmer, trotz Meinungsverschiedenheiten die Einigkeit in den Vordergrund zu stellen, da die Konsequenz eines Fehlschlags eine „Beherrschung durch die Mächtigeren“ wäre.

Für das Prestige Kaundas und das Ansehen Zambias ist also die dritte Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten, an der *Tito*, *Indira Gandhi* und *Makarios* als Stars teilgenommen haben, sicherlich zu einem großen persönlichen Erfolg geworden, was er ja haben wollte. Was aber die Entwicklungsländer davon haben werden, ist fraglich. *Erich Wiener*